

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung  
des Rates  
vom 20.12.2018**

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 22:55 Uhr

**Anwesend sind:**

**Entschuldigt fehlen:**

**Einwohnerfragestunde**

RV Leefers eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Es werden keine Fragen gestellt.

Die Einwohnerfragestunde wird geschlossen.

**TOP 1      Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen      VorlNr.**  
**Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

RV Leefers eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 2      Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden      VorlNr.**  
**Anträge**

---

Die Tagesordnung wird festgestellt.

**TOP 3      Genehmigung der Niederschrift vom 18.10.2018 und      VorlNr.**  
**22.11.2018**

---

Die Niederschrift vom 18.10.2018 wird bei einer Enthaltung einstimmig genehmigt.

Die Niederschrift vom 22.11.2018 wird einstimmig genehmigt.

---

RH Dr. Rinck schlägt seitens der CDU-FW-Fraktion Herrn Günther Köhnke als hinzugewähltes Mitglied für den Sozialausschuss vor.

**Beschluss:**

Der Rat stellt die Nachbesetzung für den Sozialausschuss wie folgt fest:

Für Anja Bombeck wird Herr **Günther Köhnke**

als hinzugewähltes Mitglied benannt.

---

**TOP 5 31. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes, Teil A, Kernstadt (Fachpflegeeinrichtung); Beratung und Beschluss über die Stellungnahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der öffentlichen Auslegung, der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange und Beschluss über die 31. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes, Teil A, Kernstadt**VorlNr.  
0483/2016-2021

Der Rat stimmt bei 3 Enthaltungen einstimmig für folgenden **Beschluss**:

1. Der Rat der Stadt erhebt die Vorschläge des Bürgermeisters zu den eingegangenen Stellungnahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Beschluss.
2. Der Rat der Stadt beschließt die 31. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes, Teil A, Kernstadt (Fachpflegeeinrichtung) gemäß § 10 BauGB und die Begründung.

---

**TOP 6 16. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes, Teil B, Waffensen (Anschluss Gewerbegebiet Hohenesch) und Bebauungsplan Nr. 14 von Waffensen - Anschluss Gewerbegebiet Hohenesch -; Beratung und Beschluss über die Stellungnahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der öffentlichen Auslegung, der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss**VorlNr.  
0481/2016-2021

---

RV Leefers übergibt den Vorsitz an 1. stv. RV Berg.

RH Leefers drückt seine Freude und seinen Dank darüber aus, dass Einigkeit mit den Grundstückseigentümern erzielt worden sei. Die Fläche werde dringendst von der Landwirtschaft gebraucht. Nicht alle Waffensener seien von der Ansiedlung der Firma ThyssenKrupp überzeugt. Es werde eine Veränderung für die Menschen geben, die nördlich der B75 leben und durch den Bau der Hallen keinen freien Blick in die Landschaft mehr haben werden. Die Waffensener Bürger sind jedoch stolz auf die Infrastruktur mit der Außenstelle der Grundschule, der Kindertagesstätte und dem Mehrgenerationenhaus. Es wurde vor Jahren beschlossen, dass Waffensen auf 1000 Einwohner anwachse, damit die Infrastruktur erhalten bleibe. Mit der Ansiedlung von ThyssenKrupp werde diese Möglichkeit gesehen. Er führt aus, dass das für den Gleisanschluss notwendig zu rodende Waldgebiet entsprechend ausgeglichen werde. Der Bau des Werkes wird eine große Fläche in Anspruch nehmen, so dass die Waffensener den Wunsch geäußert haben, die auszugleichenden Flächen auf dem Gebiet der ehemaligen Gebietskörperschaft in Waffensen vorzunehmen. Aufgrund der gebotenen Eile und Genehmigungsfähigkeit des Flächennutzungsplanes und des Be-

bauungsplanes ist es jetzt nicht möglich. Insofern werden diese auszugleichenden Flächen zunächst einmal aus dem großen weißen Moor und nach und nach aus Waffensen genommen. Der WaNabu, Waffensener Naturschutzbund, setzt sich für die Umsetzung ein und habe bereits die Verwaltung kontaktiert. Weiter ergänzt er, dass zur Ansiedlung in Waffensen auch über die weitere Entwicklung des Gebietes am Lerchenberg und auf der anderen Seite des ehemaligen Waffensener Bahnhofs entsprechend beraten werde. Er bittet um Zustimmung der Beschlussvorlage.

Bgm Weber geht auf die zurückliegende Entwicklung kurz ein und freut sich über die Arbeitsplätze, die durch die Firma ThyssenKrupp geschaffen werden. Er drückt seinen Dank an die Grundstückseigentümer für die Einigung und dem Ortsbürgermeister sowie StOAR Bumann für das Engagement aus. Die Entwicklung Waffensens und der Ortschaften liegen ihm am Herzen. Es sei eine positive Entwicklung für Rotenburg.

RH Leefers äußert den Wunsch, dass das Gebiet mit „Gewerbegebiet Waffensen“ benannt werde.

Nach der Abstimmung übernimmt RH Leefers wieder den Vorsitz.

Der Rat beschließt einstimmig für folgenden **Beschluss**:

1. Der Rat der Stadt erhebt die Vorschläge des Bürgermeisters zu den eingegangenen Stellungnahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der öffentlichen Auslegung und zur Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Beschluss.
2. Der Rat der Stadt beschließt die 16. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes, Teil B, Waffensen (Anschluss Gewerbegebiet Hohenesch) gemäß § 10 BauGB und die Begründung.
3. Der Rat der Stadt beschließt den Bebauungsplan Nr. 14 von Waffensen – Anschluss Gewerbegebiet Hohenesch - gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Begründung.

---

**TOP 7      Antrag der FDP vom 27.08.2018 zu Verkehrszählungen**

VorlNr.  
0433/2016-2021/1

RH Schwedesky merkt an, dass die Verkehrssituation in Rotenburg durch Staus geprägt ist und nicht bekannt sei, wer sich wann wohin bewegt. Er dankt der Verwaltung für die Aufnahme und hofft auf baldige Fertigstellung des Verkehrsentwicklungsplans.

RH Westermann begrüßt den Antrag und regt an, die Themen Westumgehung und Geschwindigkeitsbegrenzung in Mulmshorn mit 50 km/h aufzugreifen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg beschließt einstimmig, im Rahmen der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes ein Verkehrsmodell zu erarbeiten, welches die Verkehrsmenge sowie den Ziel- und Quellverkehr nach Verkehrsarten aufgeteilt erfasst und analysiert.

---

**TOP 8      4. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung für die Friedhöfe Mulmshorn, Unterstedt und Waffensen der Stadt Rotenburg (W.) und 5. Satzung zur Änderung der Friedhofsgebührensatzung für den Friedhof Waffensen**

VorlNr.  
0488/2016-2021

## **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt einstimmig

- a) die als Anlage 1 beigefügte 4. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung für die Friedhöfe Mulmshorn, Unterstedt und Waffensen der Stadt Rotenburg (W.) und
- b) die als Anlage 2 beigefügte 5. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für den Friedhof Waffensen einschl. der Änderung des Gebührentarifes zur Friedhofsgebührensatzung.

---

### **TOP 9      Beschluss über eine überplanmäßige Auszahlung für die Er- richtung der Kinderkrippe an der Wallbergstraße**

VorlNr.  
0508/2016-2021

## **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt einstimmig eine überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 120.000 € für den Bau einer Kinderkrippe an der Wallbergstraße. Die überplanmäßige Auszahlung wird gedeckt durch eine Einsparung in 2018 für die Erweiterung der Mensaküche der IGS am Standort Gerberstraße.

---

### **TOP 10      Verwahrung der Fundtiere ab dem 1.1.2019 im Tierheim des Tierschutzvereins für den Landkreis Rotenburg (Wümme)**

VorlNr.  
0503/2016-2021

Bgm Weber erinnert an die zurückliegende Entwicklung des Tierheimes, dass seinerzeit keine Tiere mehr untergebracht werden konnten und dadurch nach Brinkum gebracht worden waren. Durch einen Wechsel der Geschäftsführung des Tierheims werden nunmehr die Standards gewährleistet, wie vom Kreisveterinäramt bestätigt. Der Ausstieg der Regelung mit Brinkum ist zum 31.12. möglich. Er sehe hier eine gute Lösung für Rotenburg.

RH Westermann berichtet von dem Engagement der ehrenamtlichen Helfer, ohne die es nicht möglich gewesen wäre, die Umstände wiederherzurichten. Er dankt diesen als auch den Firmen, die sich daran beteiligt haben. Er führt aus, dass der Haushalt des Tierheimes für 2019 gesichert sei und ein Pflegenetz aufgebaut werden soll. Es seien bereits einige Hunde und Katzen in kurzer Zeit vermittelt worden. Weitere Aufgaben, wie einen 24std.-Notfalldienst, Bereitschaftsdienst und viele Dinge mehr werden angegangen, so dass er zu einer Mitgliedschaft des Tierheimes aufruft.

RH Bargfrede drückt seinen Dank für den Einsatz der Ehrenamtlichen und des RH Westermann aus.

## **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt einstimmig, die Fundtiere ab dem 1.1.2019 wieder dem Tierheim des Tierschutzvereins für den Landkreis Rotenburg (Wümme) zur Verwahrung zu übergeben.

---

### **TOP 11      Auftragsvergabe für die Beschaffung eines Löschgruppen- fahrzeug LF20**

VorlNr.  
0495/2016-2021

**Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) nimmt davon Kenntnis, dass für die Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeugs LF20 folgende Aufträge vergeben werden:**

- Los 1 Fahrgestell: MAN GmbH, Bremen, Angebotspreis 85.085,00 €**
- Los 2 Aufbau: Rosenbauer, Luckenwalde, Angebotspreis 217.722,40 €**

Gem. Beschluss des VA vom 24.01.2018 (0302/2016-2021) wurde die Verwaltung ermächtigt, die Kommunale Wirtschafts- und Leistungsgesellschaft (KWL) zu beauftragen, die Ausschreibung zur Beschaffung des LF20 durchzuführen. Die Ausschreibung wurde in zwei Losen, für das Fahrgestell (Los 1) und für den Aufbau (Lose 2), durchgeführt. An der Ausschreibung beteiligten sich folgende Unternehmen mit den genannten Angebotspreisen und Bewertungspunkten:

<b>Los 1, Fahrgestell</b>	<b>Angebotspreis</b>	<b>Bewertungspunkte</b>
Daimler AG, Hamburg	86.513,00 €	852,50
MAN GmbH, Bremen	85.085,00 €	917,60
<b>Los 2, Aufbau</b>	<b>Angebotspreis</b>	<b>Bewertungspunkte</b>
Firma Schlingmann, Dissen	213.505,04 €	660,00
Firma Rosenbauer, Luckenwalde	217.722,40 €	678,70

Bei der Bewertung der Angebote durch die KWL wurden neben dem Angebotspreis, die Lieferfrist und eine technische Bewertung berücksichtigt. Dabei wurde das wirtschaftlichste Angebot, das mit den meisten Bewertungspunkten, ermittelt. Danach erhält für das Los 1 die Firma MAN GmbH Bremen und für Los 2 die Firma Rosenbauer Luckenwalde den Zuschlag. Das Rechnungsprüfungsamt Region Hannover hat die Vergabe geprüft und die Vergabeentscheidung nicht beanstandet.

Haushaltsmittel stehen in Höhe von 350.000 € zur Verfügung. Ein Zuschuss des Landkreises aus der Feuerschutzsteuer in Höhe von 30 Prozent der Anschaffungskosten wurde beantragt. Dieser Bezuschussung liegt die Verwaltungshandreichung zur Förderung des Löschwesens des LK Rotenburg zu Grunde.

**Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) nimmt folgendes zur Kenntnis:**

Die Bundesregierung hat den Wahltag für die Wahl des 9. Europaparlaments am 26.05.2019 im Bundesgesetzblatt (S. 1646) bekannt gemacht. Gem. § 3 Abs. 1 Europawahlgesetz (EuWG) i.V.m. § 12 Europawahlordnung (EuWO) ist das Wahlgebiet für die Stimmabgabe in Wahlbezirke einzuteilen. Die Gemeindeverwaltung soll dabei die Wahlbezirke nach den örtlichen Verhältnissen so abgrenzen, dass allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird. Kein Wahlbezirk soll mehr als 2.500 Einwohner umfassen. Die Zahl der Wahlberechtigten eines Wahlbezirks darf nicht so gering sein, dass erkennbar wird, wie einzelne Wahlberechtigte gewählt haben.

Die Überprüfung der bisher bei Wahlen verwendeten Wahlbezirke ergab folgende Einwohnerzahlen:

302 (101) Stadtwerke Rotenburg	2005 EW
303 (102) Ev. Kindergarten	2032 EW
304 (103) Stadtschule I	1418 EW
305 (104) BBS Zweigstelle Lohmarkt	1696 EW
306 (105) Stadtschule II	1390 EW
307 (106) ehem. Restaurant AIRA	1838 EW
308 (107) MZH Borchel	304 EW
309 (108) HdZ Mulmshorn	598 EW
311 (209) Schule am Grafel I	1703 EW
312 (210) Schule am Grafel II	1604 EW
313 (211) BBS	1607 EW
314 (212) Theodor-Heuss-Schule	1880 EW

315 (213) Realschule	1945 EW
316 (214) Kantor-Helmke-Schule	1756 EW
317 (215) MZH Unterstedt	842 EW
318 (216) Mehrgenerationenhaus Waffensen	833 EW

Die Einwohnerzahlen über- oder unterschreiten nicht die im Wahlrecht vorgegebenen Grenzen. Die Einteilung in Wahlbereiche ist bei dieser Wahlart nicht vorgesehen. Die Wahlbezirke erhalten neue Nummern (in Klammern bisherige Nummer). Dies wurde erforderlich, da die Wahl im Verbund mit dem Landkreis mit einer neuen Wahlsoftware abgewickelt wird. Zur einheitlichen Bezeichnung der Wahlbezirke werden die vom Landesamt für Statistik vorgegebenen Wahlbezirksnummern verwendet.

Das Wahlgebiet für die Europawahl wird in die oben beschriebenen Wahlbezirke mit der genannten Bezeichnung eingeteilt.

**TOP 13 Bildung von Wahlvorständen unter Berücksichtigung der im Wahlgebiet vertretenden Parteien und Gruppen für die Wahl des 9. Europäischen Parlaments am 26.05.2019.**

VorlNr.  
0507/2016-2021

**Kenntnisnahme:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) nimmt davon Kenntnis, dass bei der Bildung der Wahlvorstände für die Wahl des 9. Europäischen Parlaments am 26.05.2019, die im Wahlgebiet vertretenen Parteien und Gruppen gem. § 5 Abs. 1 Europäisches Wahlgesetz (EuWG) i.V.m. § 6 Europäische Wahlordnung (EuWO) zu beteiligen sind.

Ich bitte daher alle im Rat vertretenen Parteien und Gruppen wahlberechtigte Personen zu benennen, die in Rotenburg mit Hauptwohnsitz gemeldet sind und die bereit sind ein Wahllehrenamt zu übernehmen. Am Wahltag, dem 26.5.2019 findet die Wahl von 8:00 – 18:00 Uhr statt. In jedem der 16 Wahlbezirke ist ein Wahlvorstand zu bilden. Dieser besteht aus der oder dem Vorsitzenden und einer oder einem Schriftführer/in und dessen Stellvertretung. Weiterhin sind 4 Besitzer/innen zu benennen.

Interessierte Personen können sich in die Liste (siehe Anlage) eintragen. Sie müssen über die dort aufgeführten Rechte gem. § 7 Datenschutzgrundverordnung informiert werden, wenn sie in der Liste unterschreiben. Interessierte Personen können sich auch direkt im Wahlamt melden.

**TOP 14 Annahme und Weiterleitung von Spenden über 2.000 Euro**

VorlNr.  
0505/2016-2021/1

RF Berg drückt ihren Dank an die Firma Rendac für die Erhöhung der Spendensumme zur Förderung der Mulmshorner Vereine im Namen aller Ortsratsmitglieder aus.

RV Leefers ergänzt, dass der Dank auch der Emmi Wiersbitzki Stiftung sowie allen anderen Spendern gelte.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig folgende Zuwendung (Spende) über 2.000 Euro anzunehmen und für den genannten Zweck zu verwenden bzw. weiterzuleiten:

Name des Zuwenders/ der Zuwenderin	Geld-/ Sachleistung	Betrag in Euro	Hinweis zur Verwendung	Eingang
Rendac Rotenburg GmbH	Geldleistung	12.000,00	Förderung der Mulmshorner Vereine	28.11.18
Emmi Wiersbitzki Stiftung	Geldleistung	5.000,00	Förderung der Altenhilfe	12.12.18

**TOP 15 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2019 und Stellenplan 2019**

VorlNr.  
0489/2016-2021/2

Bgm Weber beginnt mit seiner Haushaltsrede, die als Anlage 1 beigefügt ist.

RH Bargfrede schließt mit seiner Rede als Anlage 2 an.

Darauf folgt RH Jürgensen mit seiner Rede als Anlage 3. Gegen Ende seiner Rede kritisiert er RH Peter zu seiner Abstimmung hinsichtlich der IGS und erntet gruppale Gegenkritik der CDU-FW-Fraktion.

RV Leefers weist RH Peters und RH Jürgensen zur Ordnung. Er bittet RH Jürgensen, nicht einzelne Ratsmitglieder verantwortlich zu machen und merkt an, dass in geheimer Wahl abgestimmt worden sei. Er tadelt RH Jürgensen, da er hier Vermutungen zum Wahlergebnis geäußert hat.

RH Jürgensen ist der Meinung, dass RH Peters die IGS in keiner Weise unterstützt hat, obwohl er im Schulelternrat und Schulvorstand vertreten ist.

RH Peters gebe RH Jürgensen gerne an anderer Stelle Auskunft.

RV Leefers betont, dass Wort habe RH Jürgensen.

Weiter geht RH Jürgensen auf RH Bargfredes Rede zum Sparen an Personal ein. Er weist darauf hin, dass viele Mitarbeiter im Bereich Kindertagesstätten, Schulen, Bauplanung und –unterhaltung bereits am Limit arbeiten. Dass hier Stellen benötigt werden, um Arbeitnehmer zu entlasten, hält er für nötig.

RV Leefers merkt für die Öffentlichkeit an, dass es in Haushaltsdebatten manchmal etwas hitziger werden könne. Er hofft, dass der weitere Verlauf friedfertiger verlaufen werde.

Als nächstes spricht RH Kohlmeyer. Seine Rede ist als Anlage 4 beigefügt.

RF Dembowski's Rede ist als Anlage 5 angehängt.

RH Grafe ist der Meinung, dass es Aufgabe des Ratsvorsitzenden ist, sicherzustellen, dass ein Ratsmitglied, das das Wort hat, auch sprechen kann und nicht unterbrochen wird. Er ist der Ansicht, dass es absurd sei, nur noch eine rationale und keine emotionale Aussage zu erwarten. Der Mensch habe auch eine emotionale Seite, die er nach außen tragen dürfe. Dies mache den Menschen verständlich und erkläre Motivation und Wirkung. Dies wegzu-diskutieren sehe er als unfair.

Er merkt an, dass vor 10 Jahren, als die Finanzkrise in Deutschland eingebrochen war, schwere Haushaltsdebatten im Rat geführt worden seien. Die Diskussion, Rücklagen bei den Stadtwerken zu bilden, gab es nicht. Was RH Bargfrede beklagt, dass bei Zahlungen von den Stadtwerken genügend Kapital verbleibe, bei der Millionen über seien, ergebe hier eine ganz andere Diskussionsebene. Über Jahre sei aus den Gewinnen der Stadtwerke erstmal Kapital geschaffen worden. Der Gewinn stehe den Gesellschaftern zu. Die Stadtwerke seien kein Selbstzweck. Es sei nicht grundsätzlich die Aufgabe der Stadtwerke, das Netz anderer

Gemeinden zu übernehmen. Damit werde Kapital, das hier erwirtschaftet worden sei, etwas Anderem zugeführt als der Gesellschafterin, der Stadt Rotenburg. Er ist dafür, dies zu tun, jedoch stellt er Bargfredes Vorwurf in Frage.

Weiter erläutert er, dass dem Überschuss von 61.000 € eine Schuldentilgung in Höhe von 2,3 Mio Euro gegenübergestellt werden müsse. „Das ist schaffen von Vermögen in vollem Umfang“, so RH Grafe.

Weiter an RH Bargfrede gerichtet, zu den 330.000 Euro für Personal, äußert RH Grafe, dass die Prioritäten der Stadt sehr auf Kinderkrippen/tagesstätten und die Schulen ausgerichtet ist, welches die SPD-Fraktion als Schwerpunkt sehe. Dies kostet Geld und schafft Aufwand, auch in der Verwaltung mit Folgekosten. Er betont, dass auch Personal nur flüchtiges Gut sei und darüber nachzudenken ist, ob angemessen gezahlt werde, um es zu halten. Genaugenommen sehe er den Haushalt als völlig unspektakulär und werde zustimmen.

RV Leefers antwortet auf die an ihn gerichtete Kritik, dass er zuerst RH Peters zur Ordnung gebeten habe und dann RH Jürgensen tadelte, da er der Auffassung gewesen ist, dass seine verbalen Angriffe, die emotionalen Ausbrüche bei RH Peters verursacht haben.

RH Dr. Rinck erläutert, dass bei Amtsantritt des Bürgermeisters im Jahr 2014 die Personalkosten bei rund 9,8 Mio Euro gelegen haben und der Ansatz für das Jahr 2019 bei 12,9 Mio Euro liegt. Dies entspreche über fünf Jahre einer Steigerung von ca. 32 % bzw. unter Berücksichtigung des Zinseszineffekts um 5,7 % pro Jahr. Er spricht von einer Steigerung von 2017 auf 2018 mit rund 7 % und von 2018 auf 2019 mit 8 %. Es erscheint ihm mit Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst nicht erklärbar, da diese von 2014 bis 2018 im Mittel 2,5 % pro Jahr betragen haben. Es sei auch nicht mit den Personalaufstockungen im Kita-Bereich zu erklären. Er ist der Meinung, dass es der Verwaltungsspitze an Willen mangelt, zu prüfen, wo Einsparungen erfolgen können. Bei den für den Stellenplan 2019 vorgeschlagenen Änderungen werde die Stelle für das Amt für Finanzen mitgetragen, da hier die Notwendigkeit der Erstellung der Bilanzen auf den Stand gebracht werden müssen. Er lobt die Arbeit der Kämmerin. Die zusätzliche Stelle für die IT-Abteilung werde nicht zielführend gesehen. Er ist der Meinung, dass eine Mixtur aus Arbeitserledigung durch Arbeitnehmer und Dienstleister sinnvoller sei, um einen Wissenstransfer sicherzustellen und die nötige Flexibilität zu bewahren, so dass in 2019 nach geeigneten Firmen im Umkreis gesucht werden solle.

Zum Ergebnishaushalt erklärt er eine Erhöhung der Abschreibungen von 2014 mit ca. 2,5 Mio Euro auf 2019 mit 3,7 Mio Euro und für die Folgejahre 2019-2022 mit ca. 4 Mio Euro. Die Abschreibungskosten werden den Ergebnishaushalt für Jahrzehnte belasten und den Spielraum kommender Generationen einengen, so RH Dr. Rinck. Er stellt sich die Frage, ob das einzuhaltende Maß bei Investitionen gewahrt werde. Er sehe keinen, wie von Bgm Weber prognostiziert, Schuldenabbau gegeben, da der Schuldenstand Ende 2014 bei 23,9 Mio Euro gelegen habe und für Ende 2021 ein Schuldenstand von 23,75 Mio Euro vorgestellt werde. Angesichts der Steuererhöhungen und verbesserten Einnahmesituation sei dies seiner Meinung nach zu wenig. Er plädiert dafür, einen jährlichen Schuldenabbau von durchschnittlich 1,25 Mio Euro anzustreben. Aus seiner Sicht sei die Finanzpolitik nicht nachhaltig. Er empfiehlt seiner Fraktion, sich bei der Abstimmung über den Gesamthaushalt zu enthalten oder mit Nein zu stimmen. Bezüglich der IT-Stelle beantragt er eine getrennte Abstimmung.

RH Hickisch merkt zur Rede des RH Bargfrede an, dass er zu Recht die Arbeit der Kämmerin gelobt hat, allerdings dieses Lob während seiner Rede einen bitteren Beigeschmack bekommen habe, als er die geplanten Stellenzuwächse und –Anhebungen moniert hat. Er möchte sich für Bündnis 90/die Grünen hinter diese Stellenplanung stellen. Er ist nicht der Ansicht, dass die städtischen Mitarbeiter nicht ausgelastet seien. Er denkt an den Bauhof mit den Mengen an Unterhaltungsaufgaben, die zu leisten sind. Er dankt ganz besonders der Gleichstellungsbeauftragten Brigitte Borchers. Was sie mit ihren 28,5 Stunden geleistet habe, gehe weit über das normale Maß hinaus. Er ergänzt den Dank für die geleistete Arbeit an die gesamte Verwaltung und betont, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dies zu schätzen wisse.

Weiter richtet er sich an die CDU-FW-Fraktion „Quo Vadis – wohin gehst du?“ Zur Ausführung von Herrn Bargfrede über die Monierung der Elternbeiträge und teilweise zu niedrigen Gebühren, habe er keine Lösungsvorschläge in den Ausschüssen gehört. Visionen der CDU-

FW-Fraktion die Ausgaben relevant sind, sind Parkpaletten am Bahnhof und am Diakoniekrankenhaus sowie einen Kunstrasenplatz für den Sport, allerdings ohne Lösungsvorschläge.

Er unterstützt den Beitrag des RH Kohlmeyer, der die Hand zur Zusammenarbeit ausstreckt und betont, dass alle dies beherzigen mögen.

Zu den Abschreibungen merkt er an, dass diese für den Haushalt keine wirksamen Aufwendungen sind, jedoch den Haushalt belasten. Er meint „Rotenburg ist reicher als wir gedacht haben“. Wenn wir andere Haushalte sehen, wie den Finanzhaushalt, sieht es nämlich anders aus.“

Zur Anmerkung des RH Dr. Rinck, dass er die IT-Stelle nicht für notwendig hält, äußert RH Hickisch, dass es vor allem darum geht, dass ein IT-Administrator an den Schulen vor Ort ist. Er berichtet aus eigener Erfahrung als Ausschussvorsitzender der IHK für den Ausbildungsberuf in Bürokommunikation, dass letztens bei der bundeseinheitlichen Prüfung in Informationsverarbeitung an der BBS Rotenburg der Server ausfiel und Abhilfe nicht zeitnah erfolgen konnte. Gerade wenn Whiteboards abstürzen, könne kein Unterricht mehr stattfinden. Er sieht die Wichtigkeit und die Notwendigkeit dieser IT-Stelle gegeben. Er bittet die CDU-FW-Fraktion, diesen Vorbehalt zu überdenken.

Es stehen weitere immense Aufgaben, gerade auch in der Erhaltung der Infrastruktur, an, so RH Hickisch. Er schließt mit den Worten „Und meine Bitte ist, lassen wir das parteipolitische Geplänkel hinter uns, stimmen Sie dem Haushalt zu und lassen Sie uns in Zukunft für Rotenburg arbeiten. Vielen Dank!“

RH Grafe geht auf den von RH Dr. Rinck gestellten Antrag auf Streichung der IT-Stelle ein. Wenn die Stelle extern vergeben werde, müsse konsequenter Weise eine Mehrausgabe im Haushalt berücksichtigt werden. Er fragt, an welcher Stelle und welchem Umfang dies gedacht sei.

RH Dr. Rinck antwortet, es sei in der Vergangenheit so geschehen, dass ein Dienstleister beauftragt wurde. Er plädiert dafür, im nächsten Jahr genauso zu verfahren. Er geht davon aus, dass dies aus den laufenden Ausgaben bestritten werden könne, überlasse jedoch der Kämmerin die Entscheidung, ob ein Haushaltsposten gebildet werden müsse. Er betont, dass es nicht um eine komplette Streichung geht, sondern dass es extern bestritten wird mit einem gewissen Wissenstransfer.

RF Dembowski merkt an, dass die FDP und Bündnis 90/die Grünen zusammen den „Digitalpakt Schule“ auf den Weg gebracht haben, welches mit der Bundesregierung gut implementiert sei. Niedersachsen sei hier auf einem guten Weg, da hier eine Fördermöglichkeit von der Bundesregierung in Aussicht gestellt werde, die Digitalisierung an Schulen zu unterstützen und verlässlicher zu gestalten. Die Unterhaltung der digitalen Medien könne nicht mehr durch die Lehrer gegeben werden. Hierfür werde eine verlässliche Person vor Ort zur schnellen Regelung benötigt. Sie bittet die FDP darüber nachzudenken, dass dies auch Ihre Zielsetzung in der Schulförderung ist.

RH Schwedesky äußert, dass die Schulen Unterstützung benötigen, die auf zwei Wegen gegeben werden könne. Entweder durch ein neu einzustellendes Mitglied der Verwaltung oder von außen durch einen Dienstleister. Seiner Ansicht nach ist das bequemer, „ob das schneller geht, sei dahin gestellt“. Er sieht im Moment das Problem, dass sowohl die Dienstleister im IT-Sektor kaum Kapazitäten frei haben wie auch auf dem Markt keine kompetenten IT-Mitarbeiter für diesen Problembereich zu finden sind. Er kommt zu dem Schluss, es so weiterlaufen zu lassen wie bisher, um die Möglichkeit zu haben, jemanden zu finden. Er meint, es werde nicht zum 01.01.2019 ein IT-Fachmann gefunden. Dies werde länger dauern und plädiert für die Zwischenlösung.

EStRin Nadermann erinnert daran, dass es hier nicht um eine Stellenbesetzung geht, sondern darum, die Stelle in den Stellenplan mit aufzunehmen. Nur wenn die Stelle im Stellenplan als Teil des Haushaltsplanes festgeschrieben ist, hat die Verwaltung die Möglichkeit auszuschreiben, um eine geeignete Person für diese Stelle zu finden. Werde diese Stelle herausgestrichen, werde diese Möglichkeit genommen.

Sie führt weiter aus, dass die Besetzung für die Betreuung der IT-Plätze im Hause unterhalb des normalen Schlüssels liege. Sie bittet darum, zu berücksichtigen, dass auch diese Mitarbeiter in Urlaub gehen und krank werden können. Sie betont, dass in einem immer stärkeren Maß eine Abhängigkeit von der Informationstechnik gegeben ist. Das bisherige Modell mit externer Dienstleistung sei von den Schulen häufig kritisiert worden. Sie bittet zu bedenken, dass diese Unternehmen höhere Kosten durch abzurechnende Fahrtkosten und Gewinnkalkulation verursachen. Bei den immer mehr genutzten IT-Einrichtungen an Grundschulen und weiterführenden Schulen appelliert sie für die Stelle, um schnell reagieren zu können.

RH Emshoff möchte anmerken, wenn sein Freund RH Peters angegriffen wird, fühle er sich auch angegriffen, jedoch drückt er seine Freude darüber aus, dass sich wieder auf den Haushalt konzentriert werde.

Bgm Weber verdeutlicht, dass sich die Verwaltung zur Einforderung von Stellen intensiv Gedanken gemacht habe. Er erinnert daran, als 400 zusätzliche Flüchtlinge in Rotenburg angekommen waren und im Gegensatz zu anderen Kommunen keine zusätzliche Stelle dafür eingefordert wurde. Er veranschaulicht die außergewöhnliche Leistung des Hauses mit der Entwicklung der Bebauungspläne, Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohnraum und damit mehr zu betreuenden Kindern. Er merkt an, dass die zusätzliche Stelle im Bereich Bauingenieur vorausschauend ist, da zwei Bauingenieure zum Ende des Jahres aus dem Dienst ausscheiden und ein Übergang geschaffen werden müsse. „Die Vorwürfe, dass die Verwaltung sich keine Gedanken mache, tun weh“, so Bgm Weber.

Er betont, dass neue zusätzliche Aufgaben auch zusätzliches Personal erfordert. Die Notwendigkeit der IT-Stelle ist aus der Erfahrung des letzten Jahres entstanden. Er merkt an, dass die Ratsmitglieder nicht die Erfahrung mit Activboards, sondern mit Kreidetafeln in der Schulzeit erlebt haben. Dies sei eine enorme Entwicklung. Die Leitungen der Schulen, der IGS und der Grundschulen, brauchen hier dringend Unterstützung. Dies kann die Lehrerschaft nicht mehr aus Lehrerstunden leisten. Er erklärt, dass sowohl die Fremdvergaben, wie bisher, als auch Personal zur Koordination erforderlich sein werde. Bis jemand gefunden sei, müsse weiterhin fremd vergeben werden. Er bittet den Rat, nicht dagegen zu stimmen.

Weiter betont Bgm Weber die gute Kooperation mit den Stadtwerken, dem Agaplesion, den Rotenburger Werken und der Rotenburger Wirtschaft und bittet diesen Weg weiterhin gemeinsam zu gehen und nicht auf Dinge hinzuweisen, die vielleicht in der Zukunft liegen. Hier werde der Haushalt 2019 und nicht 2020 beschlossen.

An RH Dr. Rinck gewandt, korrigiert er, dass seit 2014, seit er als Bürgermeister hier verantwortlich ist, es keine zwei, sondern nur eine Gewerbe- und Grundsteuererhöhung gegeben habe. Insofern entspreche RH Dr. Rincks Rechenexempel nicht den Realitäten.

Bgm Weber schlägt RH Kohlmeyer vor, gemeinsam anhand der Protokolle zu erörtern, welche Worte gesagt worden seien. Es könne vorkommen, dass zwischen Sender und Empfänger die eine oder andere Botschaft sehr persönlich wahrgenommen werde. Er bittet um Nachsicht, dass gerade bei dem Thema Schule und Oberstufe er gesagt habe, dass jeder selber so entscheiden müsse und anschließend gegebenenfalls den Kindern bzw. Enkelkindern dies zu erklären habe. Falls dies persönlich als Bedrohung empfunden worden sei, sagt er ausdrücklich, dass dies von ihm so nicht persönlich gemeint war und er sich hier auch gerne dafür entschuldigt.

Weiter führt er aus, dass man sich als Bürgermeister auch viele Dinge sagen lassen können muss. Er hofft, daraus zu lernen und bittet um Verständnis, wenn er sich schützend vor seine Verwaltung stellt, denn das was in diesem Rathaus geleistet wird, wie auch in der VHS, der Stadtbibliothek, dem Jugendzentrum und den Kindertagesstätten sei außergewöhnlich. Noch vor 4 Jahren seien 720 Kinder in der Betreuung gewesen und jetzt auf über 900 Kinder angestiegen. Bei den hier erforderlichen Personalkosten muss bedacht werden, dass auch 20 % mehr an Kindern zu betreuen sind.

Abschließend betont er, dass ein ausgeglichener Haushalt vorliegt, der mit viel Arbeit erreicht worden sei. Er ist überzeugt, dass die richtigen Schwerpunkte ohne zusätzliche Kreditaufnahmen gesetzt wurden. Er bittet zu berücksichtigen, dass er ausdrücklich gesagt habe, es sei nicht so, dass 2,3 Mio Euro an Schuldenreduktion jetzt realisiert werden, da das Geld nächstes Jahr benötigt werde. Er wünscht, dass dies allen klar ist und diese Vorwürfe sich im nächsten Jahr nicht wiederholen. Er bittet um gemeinschaftliche, positive Abstimmung für Rotenburg.

RV Leefers lässt über den Antrag des RH Rinck, ob die neue IT-Stelle im Stellenplan gestrichen und die Aufgabe wie bisher extern vergeben werden soll, abstimmen.

**Der Rat lehnt den Änderungsantrag des RH Rinck zum Stellenplan mit 11 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und bei 4 Enthaltungen ab.**

RV Leefers erläutert, dass aus der Empfehlung des Verwaltungsausschusses die vorgeschlagene Anhebung der Beamten unter Stellenplan I zurückgezogen wurde. Es werde über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan 2019 Teil II. gemeinsam beschlossen.

Programmbedingt ist die Vorlage zum Stellenplan als separater Top aufgeführt.

### **Beschluss:**

**Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt mit 16 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und bei 13 Enthaltungen die Haushaltssatzung 2019 mit dem Haushaltsplan 2019 und die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung einschließlich Investitionsprogramm und dem Stellenplan 2019, Teil II, in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom 26.11.2018 und des Verwaltungsausschusses vom 05.12.2018 bzw. 19.12.2018. Inhalt dieses Beschlusses sind auch die Haushaltsvermerke gem. § 4 Abs. 3 Kommunalhaushalts- und Kassenverordnung (Budgetbildung) sowie die Budgets für die Ortschaften 2019.**

## **TOP 15.1 Stellenplan 2019**

VorlNr.  
0502/2016-2021

**Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) hat unter Top 15 für den Stellenplan 2019 Teil II. positiv abgestimmt:**

### **I. Beamte: - vertagt -**

### **II. Beschäftigte:**

#### **1. Zusätzliche Stellen**

- a. Amt für Finanzen: 1,0 der Entgeltgruppe 6 TVöD
- b. Hauptamt – IT-Abteilung: 1,0 der Entgeltgruppe 9b TVöD
- c. Hauptamt – Bereich Reinigung: 0,5 der Entgeltgruppe 1 TVöD

#### **2. Stellenerweiterungen**

- a. Mensa THS/IGS: 1,75 der EG 2 TVöD
- b. Mensa Schule am Grafel: 0,5 der EG 2 TVöD
- c. Mensa Stadtschule: 0,5 der EG 2 TVöD
- d. Mensa Kantor-Helmke-Schule: 0,4 der EG 2 TVöD
- e. Reinigung Stadtschule: 0,4 der EG 1 TVöD

- f. Hauswirtschaftlicher Bereich der Kita Tabaluga: 0,25 der EG 2 TVöD
- g. Umweltbüro: 0,2 der EG 10 TVöD

3. Stellenanhebungen

- a. Amt für Jugend und Soziales: Höhergruppierung von EG 8 nach EG 9a TVöD
- b. Amt für Planung, Entwicklung und Bauen: Höhergruppierung von EG 5 nach EG 6
- c. Amt für Planung, Entwicklung und Bauen: Höhergruppierung von EG 5 nach EG 6

4. Sonstige Änderungen

- a. Löschen eines KW-Vermerks im Bereich Umwelt und Grünflächen

---

**TOP 16      Mitteilungen und Anfragen**

VorlNr.

---

**TOP 16.1    Ergebnisse des Mängelmelders**

VorlNr.

---

EStRin Nadermann teilt mit, dass in der Zeit vom 16.07.-04.12.2018 insgesamt 40 Meldungen verzeichnet worden seien. Die meisten Anfragen bezogen sich auf Parken, Verkehrsregelungen oder Anzeichen von Schäden an Bäumen, Gehwegen und Laternen. 15 dieser Anregungen bezogen sich auf Sachverhalte, die nicht in der Zuständigkeit der Stadt gewesen seien. Eine Auflistung ist der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.

---

**TOP 16.2    Verabschiedung der Gleichstellungsbeauftragten Brigitte Borchers**

VorlNr.

---

Bgm Weber spricht seinen herzlichen Dank für die fast 30jährige Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten Borchers, die sich nicht nur im Rathaus, sondern im Landkreis und Niedersachsenweit für die Gleichstellung der Frau eingesetzt hat. Er nimmt Bezug auf die Zeitschrift Helene, die letzte Ausstellung zum 100jährigen Wahlrecht der Frauen und GB Borchers Einsatz. Er weist darauf hin, dass auch im Rathaus alle zwei Jahre ein Gleichstellungsplan erarbeitet wurde. Er dankt für ihre Leistung und Beratung und überreicht Blumen und ein Geschenk der Anerkennung mit besten Wünschen für ihre Zukunft.

Der Rat erhebt sich.

RV Leefers spricht einen herzlichen Dank für ihr persönliches Engagement begleitet mit besten Wünschen im Namen des Rates aus.

RF Dembowski merkt an, dass GB Borchers dazu beigetragen hat, dass die Frauen durch ihre Arbeit selbstbewusster geworden seien und dankt hierfür. Nicht nur die Frauen der Politik, sondern darüber hinaus in Rotenburg. Sie überreicht Blumen und ein Geschenk.

GB Borchers zitiert Adolf Lette: *„Was wir nicht wollen und niemals, auch nicht in noch so fernem Jahrhunderten, wünschen und bezwecken ist die politische Emanzipation und Gleichberechtigung der Frauen“*. Dies äußerte er 1868. Er war Vorsitzende des Vereins zur Förderung der weiblichen Erwerbstätigkeit. *„Diese Zeiten haben wir hinter uns gelassen“*, so GB Borchers. Sie erwähnt, dass sie in den 28 Jahren Ihrer Tätigkeit viele verschiedene Menschen mit verschiedenen Meinungen kennen gelernt habe. Am meisten habe sie Hedda Braunschauer mit ihrer Geradlinigkeit beeindruckt. Ihr würde sie gerne ganz besonders danken, da sie ihr immer zur Seite stand. Auch den anderen möchte sie danken, einigen mehr anderen weniger. Sie ist dankbar, dass sie so arbeiten konnte, wie sie es getan habe. Sie dankt dafür, dass ihr keine Steine in den Weg gelegt worden seien und sie durch alle Räte und Chefs Wertschätzung erfahren habe. Es sei einiges erreicht worden in dieser Zeit, wie

das Frauenhaus, Wildwasser, Simbav, das Rat- und Tatzentrum, die Ganztagsbetreuung in Kindergärten und in Schulen. Sie bedauert, dass Rotenburg keine Frauenberatungsstelle wie in Verden oder Walsrode habe. Sie wünscht sich, dass alle Ratsmitglieder sich für Geschlechtergerechtigkeit interessieren, nicht nur zu oder weghören, wenn der Gleichstellungsbericht vorgelegt wird. Sie fordert dazu auf, sich für das zu interessieren, was diese Gesellschaft ungerecht macht und nennt, dass Frauen 21 % weniger Geld verdienen als Männer; Frauen 50 % mehr Sorge- und Familienarbeit machen als Männer; Frauen 53 % weniger Rente haben als Männer; fast jede dritte Frau von Altersarmut bedroht ist; ein Drittel der Alleinerziehenden auf Hartz IV angewiesen ist. Sie wünscht sich, dass die Ratsmitglieder sich dafür interessieren und es zu ihrem ganz persönlichen Anliegen machen, diese Ungerechtigkeiten zu beseitigen. GB Borchers sagt: „An die Männer, teilen Sie aufrichtig. Teilen Sie Macht, Ressourcen und Arbeit, bezahlte und unbezahlte Arbeit. Seien Sie solidarisch und teilen Sie das mit. Überzeugen Sie auch andere Männer. An die Frauen, bestehen Sie auf der Hälfte von allem: von Macht, von Ressourcen, von Arbeit, fordern Sie es ein, wo Sie nur können. *„Mehr stolz, Ihr Frauen! Wie ist es nur möglich, dass ihr euch nicht aufbäumt, gegen die Verachtung, die euch noch immer trifft. Auch heute noch? Ja, auch heute noch!“* ein Zitat von Hedwig Dom. Das ist immer noch gültig im Gegensatz zu Adolf Lette. Ich wünsche mir nicht nur das, was ich eben gesagt habe, sondern ich wünsche mir schon seit sehr langer Zeit etwas, das ich jetzt tun werde.“  
Sie singt von 1926 Claire Waldoff, *„Raus mit den Männern aus dem Reichstag“*.

RV Leefers dankt für den musikalischen Vortrag.

### **TOP 16.3 Heft 98 der Rotenburger Schriften**

VorlNr.

---

Bgm Weber übereicht den Ratsmitgliedern das Heft 98 der Rotenburger Schriften und weist auf Seite 12 hin. Hier ist eine Zeichnung des Rotenburger Schlosses abgebildet mit den ersten Häusern Rotenburg. Er teilt mit, dass Dr. Dörfler diese Zeichnung in der London British Library gefunden habe.

Er wünscht gesegnete Weihnachten.

RV Leefers äußert abschließend den Wunsch, Debatten wie in Waffensen und in der heutigen Sitzung möglichst nicht wieder erleben zu müssen. Er regt zur Kontemplation an, ob die Eskalation der politischen Auseinandersetzung dienlich gewesen sei und das Ergebnis verändert habe. Er meint nicht und daher sei dies überflüssig. Er wünscht frohe Weihnachten und schließt die Sitzung um 22:55 Uhr.

gez. Bürgermeister

gez. Vorsitzende/r

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.